

## Hüter kulturellen Erbes

Von Florian Hanauer

Die Hamburger CDU kann froh sein, dass sie die Schließung des Altonaer Museums beim Kulturgipfel von der Agenda bekommen hat - fürs Erste zumindest. Bürgermeister Christoph Ahlhaus (CDU) hat den Plan, den sich Bürokratie-Technokraten in der Kulturbehörde offenbar ohne Gespür für die Emotionen der Bürger ausgedacht haben, abgeräumt. Denn dies war ein Beschluss, der ins Mark der CDU-Anhänger im Hamburger Westen ging: Auf den vielen Protestveranstaltungen war die eigene CDU-Wählerschaft breit vertreten. Kein Wunder - wer war vor Jahren einer der großen Unterstützer und Befürworter des Altonaer Museums gewesen? Es war kein Geringerer als Jürgen Echternach, der langjährige Hamburger CDU-Vorsitzende. Echternach schwebte eine "museale Perlenkette" vor, die sich vom Altonaer Museum ausgehend durch die alten Kaufmannsvillen nach Westen zog. In den 80er- und 90er-Jahren setzte sich Echternach leidenschaftlich für das Museum ein, das für ihn das "kulturelle Herz der Geschichte Altonas" bildete, und damit auch ein Stück der Verbindung von Hamburg nach Skandinavien. Das Gespür dafür ist 15 Jahre später seinen CDU-Nachfolgern verloren gegangen, sowohl im Kreis Altona wie auch im Senat. Übrigens soll bei der Vorbereitung der Entscheidung nicht nur die CDU, sondern auch die GAL gegen das Museum votiert haben, die sich dann aber angesichts der Proteste doch lieber vehement für seinen Erhalt einsetzte.

GAL-Justizsenator Till Steffen drängt derweil mit ganz modernen Themen nach vorne: Er will kommende Woche auf der Justizministerkonferenz das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften durchsetzen. Die Gleichstellung dieser Lebenspartnerschaften mit der Ehe geht vielen dann doch etwas zu weit. Da hat auch CDU-Landeschef Frank Schira seine Zweifel. Aber Steffen hat ein durchaus provokantes Thema gefunden. Passend dazu soll nun die Einrichtung der "Arbeitsstelle Vielfalt" übermorgen im Senat beschlossen werden, einer Einrichtung, die bei der Justizbehörde angesiedelt wird. Auch wenn der Nutzen dieser Arbeitsstelle für viele nebulös bleibt, wird sie sich offenbar in erster Linie um die Rechte von Homosexuellen kümmern. Die Rechte anderer Gruppen, etwa von alten oder von armen Menschen, sind nicht ihre Angelegenheit, denn Themen wie die Altersdiskriminierung sollen aus dem Aufgabenkatalog der Einrichtung gestrichen worden sein. Hoffen wir, dass die Arbeitsstelle trotzdem ihre Aufgaben findet.